

Niederschrift SOZ/020/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 30.04.2024

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Tobias Mersch	CDU	SB (ab 17:11 Uhr - Top 5)
Frau Elisabeth Meyer	CDU	SB (bis 18:29 Uhr - Top 9)
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f.
-------------------	-----	----------------------------

Herr Claus Meier		Integrationsrat Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Heike Juvonen-Barnes	SPD	Vertretung für Frau Tatjana Lücke
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Frau Birgitt Overesch Ratsmitglied (bis 18:18 Uhr Top 9)
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Herrn Mano- haran Murali
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Helga Niedoba

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Herr Henrik Mersch		stellv. Fachbereichsleiter
Frau Lena Ellenberger		Sozialplanerin
Frau Medina Atalan		Jugendhilfeplanerin
Herr Jörg Jäger		Leiter Soziale Einrichtungen
Frau Sandra Roß		Stellv. Schriftführerin

Gäste:

Herr Joachim Jüngst		Leiter Jugend- und Drogen- beratungsstelle Rheine
---------------------	--	--

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vor- sitzender
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin

Frau Birgitt Overesch

CDU

Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge

Sachkundiger Einwohner f.
Familienbeirat

Verwaltung:

Frau Wiebke Gehrke

Leiterin Fachbereich 8

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und teilt mit, dass die Sozialausschusssitzung vom 19. Juni 2024 nach Rücksprache mit der Verwaltung ausfallen werde und die dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkte in die Sitzung am 25. September 2024 aufgenommen würden.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/019/2024 über die öffentliche Sitzung am 13. März 2024

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann weist auf das Bürgerforum am 28. Mai 2024 von 16:00 bis 20:00 Uhr in der Stadthalle für die Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes hin.

Er informiert, dass die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung am 7. Mai 2024 in Rheine tagen würde. Herr Lüttmann begrüße die Mitglieder. Vertreter des Seniorenbeirates nähmen ebenfalls daran teil.

Im Beirat für Menschen mit Behinderung gäbe es vier Plätze neu zu besetzen. Eine Abfrage laufe, insgesamt haben sich bisher acht bis neun Personen gemeldet. Am 16. Juni 2024 um 16:00 Uhr würden die Sprecher der Fraktionen eingeladen werden, um die Liste zu sichten und einen Vorschlag für die Sozialausschusssitzung im September zu erstellen.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun informiert, dass die Organisation der Interkulturellen Woche 2024 in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit einigen Stadtteilbeiräten, dem Senioren- und Familienbeirat, dem Beirat für Menschen mit Behinderung und den Migrantenvereinen zusammen erfolge. Geplant sei eine

Öffnung der Türen der Migrantenvereine. Die Interkulturelle Woche fände Ende September erstmalig über zwei Wochen statt. Am letzten Tag gäbe es eine Aufführung.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier informiert, dass am 16. April 2024 in der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung, die vier potentiellen Träger für Wohnraum für Menschen mit Behinderung, Wittekindshof, Caritasverband, AWO und CeBeef, dabei gewesen wären. Die AWO und der CeBeef hätten kein Interesse Wohnraum für Menschen mit Behinderung zu bauen. Der Wittekindshof hätte Interesse, an der Eschendorfer Aue 12 bis 16 Wohnplätze zu bauen. Der Caritasverband wolle 24 Wohnplätze bauen, wo das Gebäude entstehen würde, sei noch nicht bekannt. Bei der Sitzung seien 20 Personen anwesend gewesen.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe sei ebenfalls anwesend gewesen und habe berichtet, dass die Finanzierung und die Fördermittel gesichert seien.

Herr Meier teilt mit, dass jedes Bauprojekt der öffentlichen Hand seit 2023 ein barrierefreies Konzept vorlegen müsse. Dieses würde durch die Behindertenkoordinatorin oder vom Beirat für Menschen mit Behinderung geprüft. Er bemängelt, dass das Konzept bei dem Neubau an der Elsa-Brändström-Realschule sehr kurz und knapp gewesen sei und anhand dessen keine ausreichende Prüfung hätte gemacht werden können. Er hoffe, dass die nächsten Konzepte qualitativ besser würden.

Alle Vorsitzenden der Behindertenbeiräte im Kreis Steinfurt seien bei einem Austauschtreffen zum Thema: „Wie kann Digitalisierung im Benehmen mit behinderten Menschen verwendet werden?“ des Kreises Steinfurt gewesen. Die Familienbildungsstätte hatte bereits ein Konzept in Zusammenarbeit mit dem Jacob-Meyersohn-Wohnverbund erstellt. Es seien Apps getestet worden, die behinderten Menschen das Leben erleichtern würden. Von diesem Konzept habe man bei dem Austauschtreffen berichtet. Es würden nun weitere Apps gesammelt und eine Liste erstellt werden, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, um den Menschen mit Behinderung dann Empfehlungen geben zu können. Lediglich 8 der 24 Kommunen hätten einen Beirat für Menschen mit Behinderung.

Herr Meier informiert, dass am 6. Mai 2024 im Rahmen des Protesttags für Menschen mit Behinderung ein Informationsstand des Beirates auf dem Borneplatz aufgestellt würde.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es informiert, dass der Arbeitskreis Einsamkeit im Juni mit der bundesweiten Woche der Einsamkeit starte. Laut Sozialbericht seien 40 % der Seniorinnen und Senioren einsam. Am 15. Juni 2024 von 10:00 bis 13:00 Uhr finde auf dem Kirchplatz der Dionysius Kirche ein Markt der Möglichkeiten statt. Außerdem fände am 17. Juni 2024 eine Podiumsveranstaltung zu dem Thema Einsamkeit mit einem Experten statt.

Das Projekt „Treffpunkt Bank“ sei angelaufen. Die Veranstaltung zum Thema „Den Tod ins Leben lassen“ am 25. Mai 2024 mit dem Rechtsanwalt Oliver Scholz sei von 90 Personen besucht worden. Die Lesung am 29. April 2024 sei ebenfalls gut besucht gewesen.

Die Wohnungsgesellschaft habe der AG Wohnen die Bereitschaft signalisiert, dass Baugrundstücke zur Verfügung ständen, wenn eine Gruppe an sie herantreten würde und bauen wolle.

Die Taschengeldbörse laufe gut. Es haben sich viele Jugendliche gemeldet, so dass noch weitere Seniorinnen und Senioren benötigt würden.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Es ist niemand vertreten.

8. Sozialbericht Rheine 2024 – Schwerpunkt Armut: 1. Lesung
Vorlage: 136/24

Herr Gausmann erklärt, dass dieser Bericht nicht die Lebenssituation der betroffenen Personen ändere. Es sei lediglich eine Beschreibung des Ist-Zustandes. Was damit gemacht würde, sei im Sozialausschuss zu beschließen. Der Sozialbericht Armut würde ebenfalls auf ca. 20 Seiten in leichter Sprache veröffentlicht. Zwischen dieser Lesung und der Lesung im September würde die politische Arbeitsgruppe, die Begleitgruppe eingeladen werden, um offene Fragen zu klären und den Bericht nochmal zu vertiefen.

Frau Ellenberger stellt die 1. Lesung Sozialbericht Rheine 2024 vor (**Anlage 1**).

Die Fraktionen bedanken sich bei Frau Ellenberger für die Ausarbeitung des Sozialberichts Armut und die gute Vorstellung.

Herr Kwiecinszki fragt, was rechtskreisübergreifend bedeute.

Frau Ellenberger erläutert, dass bei einer rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit meist eine Änderung der Lebenssituation der betroffenen Person einhergehe und diese Person dann von verschiedenen Leistungsträgern aufgefangen bzw. schnellstmöglich beraten und finanziell unterstützt werden würde. Es finde dann ein Austausch zwischen den verschiedenen Leistungsträgern statt. Herr Gausmann erklärt, dass es im Bereich des kommunalen Integrationsmanagements die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zwischen Agentur für Arbeit, Ausländerbehörde und jobcenter gebe.

Herr Theismann fragt, was mit Armutssensibilität herstellen gemeint sei.

Frau Floyd-Wenke stellt fest, dass trotz des wichtigen Themas niemand von der Presse anwesend sei. Sie betont, dass auf Grundlage des Berichtes der Sozialausschuss nun etwas in parteiübergreifender Zusammenarbeit tun müsse. Ebenfalls seien die vorhandenen Angebote auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Sie schlägt vor, nach Förderprogrammen zur Prävention zu schauen.

Sie schlägt vor, den Sozialbericht kreisweit bekannt zu machen, um anderen Kommunen im Kreis zu helfen.

Frau Ellenberger teilt mit, dass es im Kreis bereits einen Austausch zwischen den Sozialplanerinnen und Sozialplanern gebe, sie den Bericht aber auch nochmal beim Kreis vorstellen würde. Bei dem Thema Armutssensibilität herstellen handele es sich um ein gesamtgesellschaftliches Thema. Wie dies in Rheine umzusetzen sei, würde Frau Ellenberger gerne zusammen erarbeiten.

Herr Azevedo erläutert einen geänderten Beschlussvorschlag der CDU und FDP:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Sozialbericht Rheine 2024 mit Schwerpunkt Armut zur Kenntnis (siehe Anlage).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, durch Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen Armutssensibilität in Rheine sicherzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen ihrer Bereiche wirksam auf Nachteilsausgleiche hinzuweisen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere Familien mit Kindern durch Beratungsarbeit zu stützen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Daten niedrigschwellig zur Verfügung zu stellen.

6. Zur Beteiligung und Ausdifferenzierung der Maßnahmenentwicklung soll im Herbst 2024 eine gemeinsame Sozialkonferenz Rheine 2024 mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, ehrenamtlichen Engagierten, Mitarbeiter/-innen von freien Trägern und der Verwaltung stattfinden.

Die Fraktionen tauschen sich zu dem Antrag der CDU und FDP aus und verständigen sich darauf, den Sozialbericht zunächst nur zur Kenntnis zu nehmen und in der nächsten Sitzung, nachdem alle den Sozialbericht intensiver gelesen hätten, Maßnahmen zu beschließen.

Frau Dr. Hovestadt fragt, ob es einen Grund für die enorme Entwicklung der Alleinerziehenden in Bedarfsgemeinschaften und unmittelbare Schlüsse gebe, dass das Thema Wohnen und Armut eng zusammenhängen.

Frau Ellenberger erklärt, dass sie sich das Verhältnis zwischen der Anzahl von Alleinerziehenden in Rheine und den Alleinerziehenden, die Leistungen in Rheine beziehen anschauen müsse, um eine mögliche Erklärung finden zu können.

Es gebe ebenfalls einen Zusammenhang zwischen Armut und Wohnen, was in dem folgenden Tagesordnungspunkt auch nochmal deutlich werde.

Frau Dursun fragt, ob es einen Zusammenhang zwischen der Sterberate und Armut gebe.

Frau Ellenberger erklärt, dass es einen Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit bzw. Armut und Lebenserwartung in Deutschland und Europa gebe. Menschen, die weniger Geld hätten, würden früher sterben. Hierzu gebe es in Deutschland verschiedene Forschungsergebnisse.

Frau Dursun schlägt vor, in Kooperation mit den Krankenkassen vor Ort oder mit dem Kreis Steinfurt dieses Thema zu untersuchen. Frau Dr. Hovestadt sagt zu, dies in die Beratungen für den nächsten Sozialbericht aufzunehmen.

Herr Gausmann schlägt vor, dass die Verwaltung einen Pressebericht zu der heutigen Lesung vorbereitet. Die Fraktionen stimmen dem zu.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Sozialbericht Rheine 2024 mit Schwerpunkt Armut zur Kenntnis (siehe Anlage).

9. Vorstellung des Netzwerks "Wohin? Zu Hause in Rheine" Vorlage: 149/24

Herr Jäger und Herr Jüngst stellen das Netzwerk „Wohin?“ vor (s. **Anlage zur Vorlage 149/24**).

Frau Dursun fragt, welche Mittel gekürzt worden seien.

Herr Jüngst erklärt, dass die Förderung des Landes ende. Das Land habe vier Jahre lang eine Projektstelle Suchthilfe Wohnungslosenhilfe finanziert. Diese halbe Stelle falle nun weg.

Die Fraktionen bedanken sich für den Vortrag.

Herr Burmeister fragt, ob es sich bei den Kunden um Dauerkunden handele oder ob viele als Hilfe zur Selbsthilfe kämen und danach alleine mit ihren Problemen zurechtkämen.

Herr Jüngst sagt, dass ein Teil der Klienten arm sei und zunächst Hilfe in Bezug auf ihre Wohnverhältnisse benötigen, bevor sie auch Hilfestellungen in anderen sozialen und persönlichen Problemstellungen geben können. Herr Jäger ergänzt, dass die Hilfe zur Selbsthilfe das vorrangige Ziel der Arbeit des Netzwerkes sei, dies sei aber nicht in allen Fällen erfolgreich.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorstellung des Netzwerkes „Wohin? Zu Hause in Rheine“ zur

Kenntnis.

10. Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts: Einbürgerungsfeier
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.08.2023
Vorlage: 150/24

Herr Hewing stimmt zu, dass die Einbürgerungsfeier in diesem Jahr aus dem laufenden Budget gezahlt werden solle. Die Finanzierung der nächsten Jahre müsse man jedoch neu besprechen.

Herr Gausmann erklärt, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass die Kosten von 2 – 2,5 TEUR aus dem Gesamtbudget gezahlt werden können, ohne andere Leistungsbereiche einschränken zu müssen. Eine Erhöhung des Budgets in den Folgejahren sehe er aktuell nicht als notwendig an. Die Interkulturelle Woche sei ein guter Rahmen für die Einbürgerungsfeier. Die Übergabe der Einbürgerungsurkunde werde allerdings, wie aktuell auch schon, eher erfolgen, weil damit bestimmte Rechte der Eingebürgerten einhergingen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Durchführung einer jährlichen Einbürgerungsfeier seitens der Stadt Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Barrierefreie Mittel - Mittelverwendung 2024 und Rückblick 2021 - 2023
Vorlage: 137/24

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass die Mittel nun im Budget des Dezernates II seien, so dass der Sozialausschuss die Maßnahmen auch beschließen könne.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss beschließt, dass die Maßnahmen aus den Jahren 2021-2023 weitergeführt/abgeschlossen werden.

Maßnahmen

Kostenschätzung

Maßnahme aus 2021

1.1 Nonnenpädken (Maßnahme aus 2021) 64.296,48 €
 Die Baumaßnahme hat begonnen und soll bis April 2024 fertiggestellt sein. Ein erster Abschlag über 5.500 € ist 2023 gezahlt worden (Gesamtbudget: 69.796,48 €).

Maßnahmen aus 2022

1.1 Kloster Bentlage (Maßnahmen aus 2022) 10.336,34 €
 Ein Teilauftrag wurde erteilt und wurde im ersten Quartal 2024 abgeschlossen (Baumaßnahme am Fahrstuhl).

Maßnahmen aus 2023

1.2 Kopernikus Gymnasium
 a) Rollstuhlrampe 12.000,00 €
 b) Handlauf und Geländer 9.249,27 €
 Fertigstellung in 2024 geplant

Summe 95.882,09 €

2. Der Sozialausschluss beschließt, dass die für das Jahr 2024 angedachten Maßnahmen umgesetzt werden.

Maßnahmen für 2024

1. Notruf WC Bustreff	1.114,00 €
a) Laufende Kosten	694,00 €
b) Bedarfskosten für Einsätze (Schätzung)	420,00 €
2. Kopernikus Gymnasium	
a) Anpflasterung an der Turnhalle	10.000,00 €
b) Automatischer Türschließer	18.152,91 €
3. Sporthalle der Gertrudenschule	30.000,00 €
4. Taktile Elemente am Kreisverkehr Bonifatiusstr.	20.000,00 €
5. Toilette für Alle (Teilrechnung in 2024 angedacht)	55.200,00 €
Summe:	134.466,91 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Jahresbericht 2023 - SGB XII
Vorlage: 142/24

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein.

Frau Floyd-Wenke fragt, wie die Stärkung der Selbsthilfe und zur aktiven Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft der Hilfeempfänger erfolgt.

Herr Mersch erläutert, dass die Hilfeempfänger mindestens einmal jährlich vorsprechen. Bei diesen Vorsprachen kämen verschiedene Problemlagen auf, die beispielsweise mit dem Vermieter, mit der Stromabrechnung oder Ähnlichem zu tun hätten. In diesen Fällen beraten die Kolleginnen und Kollegen der Sozialverwaltung die Personen und verweisen sie beispielsweise an andere Beratungsstellen oder Einrichtungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den SGB XII Jahresbericht 2023 zur Kenntnis.

13. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende öffentliche Sitzung: 18:41 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Sandra Roß
stellv. Schriftführerin

